

München, 27.05.2016

SPD-Landtagsfraktion unterstützt ungarische Sozialdemokraten gegen Orbán

Landtagsvizepräsidentin Aures und SPD-Finanzexperte Strobl zu Besuch in Budapest

Angesichts der nationalistischen und ausländerfeindlichen Politik von Ungarns Regierungschef Viktor Orbán sucht die BayernSPD-Landtagsfraktion den Kontakt zur ungarischen Sozialdemokratie. Landtagsvizepräsidentin **Inge Aures** und ihr Abgeordnetenkollege, der Finanzpolitiker **Reinhold Strobl**, trafen in Budapest mit dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der größten demokratischen Oppositionspartei MSZP, József Tóbiás, und weiteren Spitzenpolitikern zusammen.

Besonders schockiert zeigten sich Aures und Strobl von der immer schlechter werdenden demokratischen Kultur in Ungarn. „Was unsere Gastgeber uns berichteten, ist unvorstellbar“, sagt Aures. „Es gibt kaum mehr effektive Kontrollmechanismen und die Unabhängigkeit der Gerichte ist gefährdet. Die Sitzungen des Parlaments müssen ohne Medien stattfinden. Einige Journalisten dürfen nicht einmal mehr das Parlament betreten. Das muss man sich mal in Bayern vorstellen.“ Auch gebe es in der Regierung Orbán keine einzige Frau mit Ministeramt.



Inge Aures und Reinhold Strobl mit dem Partei- und Fraktions-Vorsitzenden der Ungarischen Sozialdemokraten (MSZP), Jozsef Tobias (Mitte)

Download: Foto in hoher Auflösung (Nutzung kostenfrei)

Der SPD-Finanzpolitiker Strobl warnt davor, dass das Orbán-Modell zu einem Vorbild für andere ost- und mitteleuropäische Länder werden könnte: „Ein früherer ungarischer Unterrichtsminister bezeichnet in seinem Buch Ungarn inzwischen als Mafiastaat. So sei beispielsweise die Verteilung öffentlicher Gelder völlig intransparent und willkürlich. Die Gewerkschaften wurden ebenfalls geschwächt. Laut Schätzungen leben vier Millionen Ungarn in Armut oder sind von Armut bedroht. Insbesondere junge Menschen verlassen daher ihr Land in Richtung Westen.“

Die BayernSPD-Fraktion wird die Kontakte zu den ungarischen Sozialdemokraten weiter ausbauen. Besonders wichtige Themen dabei sind die wirtschaftlichen Beziehungen, die Schul- und Bildungspolitik, die Jugendarbeitslosigkeit in Ungarn und die Integration von Flüchtlingen. Aures betonte, es gebe ein großes Interesse der ungarischen Parteifreunde daran, dass Ungarn nicht mit der Politik Orbáns gleichgesetzt werde.